

# Schwarz-blaue EU-Politik: Subsidiarität als verbindende Klammer für einen neoliberal-national-konservativen Kurs

Nikolai Soukup

## Einleitung

In der öffentlichen Auseinandersetzung mit der aktuellen schwarz-blauen Bundesregierung nimmt deren Ausrichtung in Bezug auf die Europäische Union eine bedeutende Rolle ein. Diese Debatte wird jedoch häufig darauf reduziert, ob sich die Regierung bzw. die beiden Koalitionsparteien „proeuropäisch“ oder „europafeindlich“ positionieren. So machte Bundespräsident Alexander Van der Bellen „das unbedingte Bekenntnis zu Europa“ zur Voraussetzung für die Angelobung der ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung. Diese Betrachtungsweise erscheint jedoch verengt. Schließlich sagt die Unterstützung der Mitgliedschaft in der EU und die Bereitschaft, an der Beschlussfassung EU-weiter Regelungen mitzuwirken (sollte dies mit „proeuropäisch“ gemeint sein), an sich nichts darüber aus, welche Form der politischen Entwicklung der EU unterstützt bzw. abgelehnt wird.

Dieser Beitrag stellt stattdessen die Frage in den Mittelpunkt, welche Orientierung Schwarz-Blau II in Bezug auf die politische und sozioökonomische Ausrichtung der EU verfolgt. In einem ersten Schritt wird argumentiert, dass sich Anzeichen für einen spezifischen Diskurs der Subsidiarität erkennen lassen, der die EU-politische Orientierung der schwarz-blauen Regierung strukturiert und als verbindende Klammer für neoliberale und national-konservative Orientierungen fungiert. Darauf aufbauend wird beispielhaft dargestellt, wie sich diese Orientierung in einzelnen konkreten Themenbereichen ausdrückt. In der Folge wird der Frage nachgegangen, wie die strukturellen Verschiebungen der politischen bzw. sozioökonomischen Ausrichtung des EU-Mehrebenensystems, auf die die schwarz-blaue EU-politische Orientierung abzielt, analytisch verstanden werden können. Abschließend werden die Ergebnisse des Beitrags zusammengefasst.

## Der schwarz-blaue Subsidiaritätsdiskurs: Die neoliberal-national-konservative Klammer

Im Folgenden wird argumentiert, dass sich Hinweise dahingehend erkennen lassen, dass ÖVP und FPÖ im Nationalratswahlkampf 2017 bzw. die aktuelle schwarz-blaue Bundesregierung ihre EU-politische Ausrichtung innerhalb eines spezifischen Diskurses zum Prinzip der Subsidiarität artikulier(t)en. Ohne im Rahmen dieses Beitrags den Anspruch einer systematischen Diskursanalyse zu verfolgen, soll das Argument durch Textstellen aus relevanten Dokumenten illustriert werden.

Das in Art. 5 Abs. 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerte Subsidiaritätsprinzip besagt, dass die EU „in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig [wird], sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen

ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind“. Der schwarz-blaue Subsidiaritätsdiskurs enthält die Zielsetzung einer „Verstärkung des Subsidiaritätsprinzips“ (BKA 2018: 7) und besteht im Kern aus der Losung, die EU solle „auf die großen Fragen fokussieren, die einer gemeinsamen Lösung bedürfen, und sich in kleinen Fragen zurücknehmen, in denen die Mitgliedstaaten oder Regionen selbst besser entscheiden können“ (ebd.), und wird oft mit der Zielsetzung nach „mehr Bürgernähe“ (ebd.) verbunden.

Die Notwendigkeit einer Neudefinition der Prioritäten der EU, die mit den Forderungen nach einem „Kurswechsel in Europa“ (ÖVP 2017: 42) oder einer „Neuorganisation der EU“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2017: 52) artikuliert wird, wird mit unterschiedlichen Argumenten begründet. Im ÖVP-Wahlprogramm stellen eine Überregulierung für Unternehmen sowie eine Einmischung in die nationalstaatliche Souveränität die Problemdiagnose des Narrativs dar. So wird hier konstatiert: „War das ursprüngliche Ziel des Binnenmarkts, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, ist dieses Ziel durch die drückende Last der Regulierungen massiv in Gefahr“ (ÖVP 2017: 42). Kritisiert wird zudem eine konstatierte zunehmende Ausweitung der Kompetenzen der EU „in Bereiche [...], die über den ursprünglichen Ansatz der Wirtschaftsunion hinausgehen“ (ebd.). Zudem mische sich die EU in die Gesundheits- und Sozialpolitik ein, wobei als Beispiel etwa die Familienbeihilfe für nicht in Österreich lebende Kinder genannt wird (ebd.; Redaktion juristikum in diesem Heft).

Im Wahlprogramm der FPÖ findet sich die Forderung nach mehr Subsidiarität im Abschnitt „Unsere Identität in Europa wahren“, in dem ein Bekenntnis abgegeben wird zu „ein[em] Europa als Verbund von selbstbestimmten Völkern und Vaterländern, die in der Tradition einer abendländischen [sic!] geprägten Leitkultur stehen“ (FPÖ 2017, o.S.). Der „nationalstaatliche[n] Souveränität“ und der „immerwährende[n] Neutralität Österreichs“ wird zudem ein „hohe[r] Stellenwert“ (ebd.) eingeräumt. „Diese Souveränität sowie das Ideal eines Europas der Vaterländer“ seien der FPÖ zufolge „jedoch von den aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union zunehmend bedroht, zumal das Ziel der EU ein zentralistisch geführter Bürokratiemoloch“ (ebd.) sei. Die dargelegten Argumentationsmuster werden ergänzt durch die Behauptung, die Verstärkung der Subsidiarität sei eine Antwort auf den Vertrauensverlust der EU (BKA 2018: 7; FPÖ-Bildungsinstitut 2017: 52).

Hier wird bereits deutlich, dass der schwarz-blaue Subsidiaritätsdiskurs eine verbindende Klammer für unterschiedliche politische Orientierungen darstellt. Zum einen ist der Diskurs mit neoliberalen Orientierungen kompatibel, die auf den Abbau von Regulierungen für Unternehmen drängen. Zum anderen lassen sich darin national-konservative Ausrichtungen artikulieren.<sup>ii</sup>

Der schwarz-blaue Subsidiaritätsdiskurs fungiert zudem als Festlegung der für die EU als prioritär bzw. weniger prioritär erachteten Themenbereiche. Zu jenen Fragen, in denen „eine stärkere Zusammenarbeit“ notwendig sei, werden im Programm des EU-Ratsvorsitzes der Regierung im zweiten Halbjahr 2018 „Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Migration und Außengrenzschutz oder Digitalisierung“ (BKA 2018: 12) gezählt. Zudem ist zu vermuten, dass Politikbereiche, in denen eine marktliberale Ausrichtung im Vordergrund steht, kontinuierlich bzw. verstärkt im Fokus stehen sollen. Dies legt etwa die Ausrichtung auf „die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Vervollständigung des Binnenmarktes“<sup>iii</sup> (ÖVP 2017: 43) im ÖVP-Wahlprogramm nahe. Darüber hinaus bleiben in diesem Programm im Rahmen der Forderung nach einem „echten Subsidiaritätspakt“ (ebd.) die Bereiche der ausschließlichen EU-Kompetenzen (bspw. Zollunion, Währungs-

politik für Euro-Mitgliedstaaten oder Handelspolitik) unhinterfragt. In welchen Bereichen die Europäische Kommission darüber hinaus tätig werden könne, solle in dem angestrebten Pakt festgelegt werden (ebd.). Um den Deregulierungsfokus auf EU-Ebene weiter zu festigen, sollen sich die Mitgliedstaaten „gleichzeitig dazu [verpflichten], in keinen anderen Bereichen Wünsche für Gesetzesvorhaben an die Europäische Kommission heranzutragen“ (ebd.).

Die Bereiche, die im schwarz-blauen Subsidiaritätsdiskurs auf EU-Ebene weniger stark im Fokus stehen sollen, werden zwar kaum explizit genannt. Hinweise darauf gibt aber beispielsweise die Antwort von Kanzleramtsminister Blümel (ÖVP) im EU-Unterausschuss des Nationalrats auf die Frage, in welchen Bereichen er sich „weniger EU“ (Parlament 2018) vorstellen könne. „[D]ie Union sollte sich vor allem in der Sozial- und Gesundheitspolitik, aber auch beim Konsumentenschutz zurücknehmen“ (ebd.), wird Blümel in der Presseaussendung des Parlamentsdienstes paraphrasiert.<sup>iv</sup>

Diese Regelungsbereiche geraten darüber hinaus auf nationaler Ebene durch die Debatte um sogenanntes „Gold Plating“ unter Druck (Ey 2018).<sup>v</sup> Während eine unstrittige Definition des Begriffs „Gold Plating“ fehlt, wird er in der innenpolitischen Debatte von UnternehmensvertreterInnen dazu verwendet, bei der Umsetzung von EU-Rechtsakten die Setzung von Standards oberhalb der EU-Mindestvorgaben infrage zu stellen (ebd.). Dieses Anliegen drückt sich im schwarz-blauen Regierungsprogramm in den knappen Losungen „Kein Gold-Plating bei der Umsetzung von EU-Recht“ (ÖVP/FPÖ 2017: 23) sowie „Rücknahme von Gold-Plating zu Lasten von Unternehmen“ (ebd.: 133) aus. Die Ablehnung nationaler Standards, die über die Mindestvorgaben von EU-Richtlinien hinausgehen, findet sich zudem auch unter der Überschrift „Modernisierung des Arbeitsrechts“ (ebd.: 146).

Vor dem Hintergrund der analysierten Subsidiaritätsorientierung ist es wenig überraschend, dass sich Schwarz-Blau II zu einer Weiterentwicklung der EU „im Sinne des Szenarios 4 (Weniger, aber effizienter)“ (ÖVP/FPÖ 2017: 23) des Weißbuchs der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas positioniert, welches ähnliche Prioritätensetzungen enthält (Europäische Kommission 2017: 22f.).<sup>vi</sup>

## Das schwarz-blaue EU-Koordinatensystem in der Anwendung

Im Folgenden soll anhand einzelner Beispiele überblickshaft dargestellt werden, wie sich die EU-politische Orientierung von Schwarz-Blau II in Form konkreter Positionierungen in bestimmten EU-Themenfeldern ausdrückt.

Am Beispiel der Positionierung der schwarz-blauen Regierung zur **Grenz- und Migrationspolitik**, die von ihr als Teil der „großen Fragen“ (BKA 2018: 12) auf EU-Ebene gesehen wird, lässt sich erkennen, dass die Bestimmung prioritärer Themen innerhalb dieses Bereichs äußerst selektiv erfolgt. So wird den Themen der Verteilung von geflüchteten Menschen auf die EU-Mitgliedstaaten<sup>vii</sup> oder der Gewährleistung menschenwürdiger Bedingungen bei der Versorgung von Asylsuchenden keine prioritäre Bedeutung beigegeben. Stattdessen verfolgt Schwarz-Blau II in diesem Themenbereich eine Ausrichtung, die Migration vorrangig innerhalb eines sicherheitspolitischen Rahmens behandelt. Zudem wird Migration mit den Forderungen nach einer restriktiveren Asylpolitik und einer stärkeren Repression an den EU-Außengrenzen verbunden. Letzteres soll etwa durch eine „rasche Verstärkung“ der EU-Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex „in-

klusive Anpassung ihres Mandats an die neuen Erfordernisse“ (BKA 2018: 36) geschehen. Mit Blick auf eine weitere Restriktion der Asylpolitik gab Innenminister Kickl (FPÖ) im Juli 2018 gar die Zielsetzung aus, dass nicht aus EU-Nachbarstaaten kommende Asylsuchende überhaupt kein Recht mehr haben sollen, innerhalb der EU Asyl zu beantragen.<sup>viii</sup> Als Ergänzung zu dieser Ausrichtung strebt die Regierung an, dass Maßnahmen der Entwicklungspolitik verstärkt an die „Bereitschaft von Drittstaaten zur Kooperation bei der Rücknahme abgelehnter Asylwerber“ (BKA 2018: 22) gebunden werden (Kramer et al. 2018: 8).

Eine deutlich passivere Herangehensweise der schwarz-blauen Regierung lässt sich hingegen in Bezug auf die Debatte um **Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion** (WWU) feststellen. In den politischen Auseinandersetzungen um die Governance der WWU stehen sich vereinfacht gesprochen VertreterInnen einer ordoliberal-monetaristischen und einer keynesianischen Perspektive gegenüber (Hacker 2017: 19): Erstere betonen dabei die Effizienz der Marktkräfte sowie die Notwendigkeit strenger und sanktionierbarer Fiskalregeln und einer auf Preisstabilität fokussierten Geldpolitik. Letztere hingegen sehen eine wichtige Rolle des Staates und der Zentralbank bei der Bekämpfung ökonomischer Krisen und betrachten fiskalpolitische Instrumente zum Ausgleich asymmetrischer Schocks vor dem Hintergrund des Verlustes an nationalen wirtschaftspolitischen Handlungsspielräumen als notwendig (ebd.). Es lässt sich feststellen, dass sich die ordoliberal-monetaristische Sichtweise bei der Festlegung des institutionellen Designs der WWU im Vertrag von Maastricht klar durchgesetzt hat (ebd.; Oberndorfer 2015). Zudem war auch die EU-Krisenpolitik ab 2010 mit ihrem Fokus auf die Verschärfung der fiskalpolitischen Regeln und mit ihrem Druck zu angebotsseitigen Strukturreformen zwecks Erlangung preislicher Wettbewerbsfähigkeit (trotz der zuletzt expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)) durch diese Sichtweise charakterisiert (ebd.).

Bei Schwarz-Blau II lässt sich in diesem Kontext zuvorderst eine (teils ambivalente) Einordnung innerhalb des ordoliberal-monetaristischen Paradigmas ausmachen (Beyer/Pühringer in diesem Heft). Zwar wird von der FPÖ die Inhomogenität zwischen den Kern- und Peripherieökonomien in der WWU kritisiert (FPÖ-Bildungsinstitut 2017: 52). Zugleich wird jedoch im Wesentlichen entlang ordoliberal-monetaristischer Prinzipien argumentiert, wenn die Nichteinhaltung der Fiskalregeln (ebd.: 51), die Haftung für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten (ebd.: 51; 53) und die zuletzt expansive Geldpolitik der EZB (ebd.: 52f.) kritisiert werden. Darüber hinaus wird mit plakativen Floskeln wie der Ablehnung einer „Schuldenunion“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2017: 51; ÖVP 2017: 43) oder einer „Sozialunion“ (ebd.) -was auch immer damit gemeint sein mag - eine pauschale Zurückweisung von potenziell keynesianisch orientierten Konzepten vorgenommen. Mit der diplomatischen Phrase, wonach bei der Stärkung der WWU eine Konzentration auf Maßnahmen mit einem „echten und sichtbaren Mehrwert für die EU“ (BKA 2018: 29) erfolgen solle, wird starke Skepsis gegenüber umfassenderen Reformen ausgedrückt. Die schwarz-blaue Ausrichtung in Bezug auf die WWU-Debatte lässt sich der von Buckel et al. (2012: 34ff.) identifizierten national-neoliberalen Strategie zuordnen, die im Kern auf der Bewahrung und konsequenteren Durchsetzung neoliberaler Prinzipien bei gleichzeitiger Verweigerung umfassenderer Reformen auf europäischer Ebene besteht.<sup>ix</sup>

Im Themenfeld der EU-**Sozialpolitik** nimmt die Regierung bei mehreren aktuell verhandelten Dossiers eine zurückhaltende bzw. teils ablehnende Haltung ein.<sup>x</sup> Dies zeigt sich etwa bei der Position der schwarz-blauen Koalition zum im März 2018 von der Europäischen Kommission (2018) vorgelegten Vorschlag zur Einführung einer Europäischen Ar-

beitsbehörde. Diese soll u.a. die Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Arbeit verbessern, um die Durchsetzung von relevantem EU-Recht zu unterstützen (ebd.: 3). Zweifelsfrei bedarf der Vorschlag Verbesserungen insbesondere hinsichtlich der Durchsetzungskompetenzen, um die Effektivität der vorgeschlagenen Arbeitsbehörde in der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping zu steigern (AK 2018). Nichtsdestotrotz wird damit eine Initiative auf die EU-Agenda gesetzt, die das Potenzial hat, die Bekämpfung von Missbrauch der EU-Marktfreiheiten durch Unternehmen zulasten von ArbeitnehmerInnen, etwa im Bereich der grenzüberschreitenden ArbeitnehmerInnen-Entsendung, zu verbessern.

Seitens der schwarz-blauen Regierung wird diesem Vorhaben skeptisch bis ablehnend begegnet. Dies zeigt sich schon zum einen darin, dass der Vorschlag im Ratspräsidentenschaftsprogramm gar keine Erwähnung findet. In einer parlamentarischen Anfragebeantwortung von Sozialministerin Hartinger-Klein (FPÖ) heißt es zudem, ihr Ministerium stehe dem Ziel des Vorschlags „mit Vorbehalt gegenüber“ (Hartinger-Klein 2018: 1). Zu prüfen seien noch „Fragen betreffend die Rechtsgrundlage, zur Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“ (ebd.). Laut der Presseaussendung des Parlaments begründete Hartinger-Klein im EU-Unterausschuss des Nationalrats ihre skeptische Haltung mit der Möglichkeit von Überschneidungen von Behördenzuständigkeiten, mit zu hohen Kosten und dem „Verlust nationaler Souveränität“ (Parlament 2018b).

Ergänzt wird die in mehreren Bereichen skeptische Haltung zu Vorhaben im Rahmen der EU-Sozialpolitik durch einen restriktiven Zugang hinsichtlich nationaler wohlfahrtsstaatlicher Leistungen für nicht-österreichische StaatsbürgerInnen. Hier lässt sich eine konfrontative Position der schwarz-blauen Bundesregierung feststellen, die bereit ist, den juristischen Konflikt mit EU-Recht in Kauf zu nehmen. So geht Schwarz-Blau II mit der geplanten Indexierung der Familienbeihilfe hinsichtlich des Preisniveaus im Wohnsitzland für nicht in Österreich lebende Kinder ein hohes Risiko ein, dass das Gesetz gegen das Diskriminierungsverbot von EU-BürgerInnen im EU-Primärrecht und in der Verordnung zur Koordinierung der Systeme sozialer Sicherheit (Verordnung (EG) Nr. 883/2004) verstößt – und zurückgenommen werden muss (Thomasberger 2018; Redaktion juridikum in diesem Heft).

### **Verschärfung der asymmetrischen neoliberalen Integrationsweise**

Im Folgenden soll stärker konzeptuell der Blick darauf gelenkt werden, auf welche strukturellen Verschiebungen in der politischen bzw. sozioökonomischen Ausrichtung des EU-Mehrebenensystems die schwarz-blaue EU-politische Orientierung abzielt. In diesem Zusammenhang scheint es hilfreich, an Analysen anzuknüpfen, die eine sozioökonomische Asymmetrie des EU-Mehrebenensystems konstatieren. So stellt Scharpf (2002: 645) aus einer institutionalistischen Perspektive eine von Beginn der europäischen Integration an bestehende „constitutional asymmetry between policies promoting market efficiencies and policies promoting social protection and equality“ fest. So seien Marktliberalisierungspolitiken schrittweise auf die europäische Ebene übertragen worden, sozialer Schutz bleibe hingegen im Wesentlichen nationaler wohlfahrtsstaatlicher Politik überlassen. Deren Handlungsspielräume wiederum werden aber insbesondere seit dem Integrationschub der 1980er und 1990er Jahre durch die rechtliche Vorrangstellung von EU-Regeln zur Marktliberalisierung, zur Wettbewerbspolitik und zu den fiskalpolitischen Vorgaben

in der WWU eingeschränkt und kommen zugleich ökonomisch etwa durch Prozesse des Steuerwettbewerbs unter Druck (ebd.: 645ff.).

Aus einer neo-gramscianischen Perspektive konzeptualisiert Van Apeldoorn (2009) die „European asymmetric multi-level governance“ (ebd.: 26) als „embedded neoliberalism“ (ebd.: 27). Dieses Projekt, das insbesondere von mit transnationalem Kapital verbundenen sozialen und politischen Kräften artikuliert werde, zielt darauf ab, die Freiheit des Kapitals und die Vorherrschaft der Märkte zu stärken. Diskursiv werde aber versucht, das neoliberal definierte Ziel der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ziel des sozialen Zusammenhalts zu kombinieren (ebd.: 22). Auf der EU-Ebene sei diese Einbettung des Neoliberalismus aber „more symbolic than substantive“ (ebd.: 27). „At the national level, on the other hand, embeddedness is indeed more substantive but the catch here is that as the process of market liberalization at the European level deepens, the limited remaining embeddedness at the national level is further eroded“ (ebd.).

Es kann davon ausgegangen werden, dass der Fokus der neuen, schwarz-blauen Regierung auf eine Deregulierung bei marktkorrigierenden Politiken sowohl auf der EU- als auch auf der nationalen Ebene diese Asymmetrie verschärfen bzw. die neoliberale Integrationsweise noch weiter „entbetten“ würde.<sup>xi</sup> Zudem würde sie diese verschärfte neoliberale Integrationsweise durch eine strukturell verankerte repressivere und verteidigungspolitisch konnotierte Grenzpolitik und eine restriktivere Migrationspolitik – auf nationaler und EU-Ebene – ergänzen.

## Fazit

Dieser Beitrag ging der Frage nach, welche Orientierung die aktuelle schwarz-blaue Koalition in Bezug auf die politische und sozioökonomische Ausrichtung der EU verfolgt. Es wurde argumentiert, dass sich Hinweise für einen spezifischen Subsidiaritätsdiskurs identifizieren lassen, der die EU-politische Orientierung von Schwarz-Blau II strukturiert. Dieser fungiert als verbindende Klammer für neoliberale und national-konservative Orientierungen und ordnet zum ersten u.a. der Verteidigungs-, Migrations- und Grenzpolitik größere, zum zweiten tendenziell marktliberalen Politikbereichen eine kontinuierliche bzw. verstärkte und zum dritten Politiken, die marktkorrigierende Elemente beinhalten, geringere Priorität für die EU-Ebene zu.

Anhand einzelner Beispiele wurde dargestellt, wie sich dies in bestimmten Themenbereichen ausdrückt. Die Veränderungen der politischen und sozioökonomischen Ausrichtung des EU-Mehrebenensystems, auf die die identifizierte schwarz-blaue EU-politische Ausrichtung abzielt, können konzeptuell als Verschärfung der Asymmetrie der neoliberalen Integrationsweise ergänzt um eine repressivere Grenz- und eine restriktivere Migrations- und Asylpolitik verstanden werden.

## Anmerkungen

- <sup>i</sup> <https://www.profil.at/shortlist/oesterreich/nationalfeiertag-van-der-bellen-rede-8393955>, 17.07.2018.
- <sup>ii</sup> Die Zuordnung zu den hier genannten Ausrichtungen in Bezug auf die EU-Politik findet sich auch bei Buckel et al. (2012, 2017), die in ihrer Analyse europäischer Hegemonieprojekte u.a. ein neoliberales und ein national-konservatives Hegemonieprojekt identifizieren.
- <sup>iii</sup> Zwar findet sich an dieser Stelle auch das Ziel der Bekämpfung von Steuerflucht (ÖVP 2017: 43). Dieses wird aber in der Praxis bestenfalls äußerst selektiv verfolgt, wie die Aussage von Finanzminister Löger (ÖVP) zeigt, wonach die öffentliche länderweise Berichterstattung von Konzernen („Country-by-country-Reporting“), die auf die Bekämpfung von Steuervermeidung abzielt, „nicht unbedingt erforderlich“ sei. <https://www.profil.at/wirtschaft/loeger-transparenz-regeln-grosskonzerne-eu-8958069>, 21.07.2018.
- <sup>iv</sup> Nur in Bezug auf die Aussagen zum KonsumentInnenenschutz entgegneten Blümel sowie dessen Büro gegenüber Medien, dass der Minister missinterpretiert worden sei. <https://diepresse.com/home/ausland/eu/5376463/Erster-EULapsus-von-Gernot-Blumel>, 20.7.2018; <https://help.orf.at/stories/2898480/>, 20.07.2018.
- <sup>v</sup> Zum doppelten Druck auf hohe Regulierungsstandards durch die Regierung mit den Verweisen auf Subsidiarität und „Gold Plating“ vgl. auch Wedl (2018: 13).
- <sup>vi</sup> Mit dem Weißbuch der Europäischen Kommission (2017) zur Zukunft Europas soll eine Debatte über die künftige Entwicklung der EU angestoßen werden. Es enthält fünf Szenarien zum Zustand der EU im Jahr 2025: „Weiter wie bisher“ (Szenario 1), „Schwerpunkt Binnenmarkt“ (Szenario 2), „Wer mehr will, tut mehr“ (Szenario 3), „Weniger, aber effizienter“ (Szenario 4) und „Viel mehr gemeinsames Handeln“ (Szenario 5).
- <sup>vii</sup> <https://derstandard.at/2000072981743/Kickl-gegen-verpflichtende-Fluechtlingsverteilung-in-EU>, 21.07.2018.
- <sup>viii</sup> [https://diepresse.com/home/innenpolitik/5461887/Ehrlichkeit-im-Asylkonflikt\\_Kickl-will-Fluechtlinge-auswaehlen](https://diepresse.com/home/innenpolitik/5461887/Ehrlichkeit-im-Asylkonflikt_Kickl-will-Fluechtlinge-auswaehlen), 20.08.2018.
- <sup>ix</sup> Diese Analyse bezieht sich jedoch nicht auf Reformprozesse zur Bankenunion.
- <sup>x</sup> Auf den ersten Blick verweist die Aussage von Hartinger-Klein vom Juli 2018, wonach das Budget des Europäischen Sozialfonds erhöht werden solle (<http://www.vienna.at/sozialminister-der-28-eu-staaten-tagen-informell-in-wien/5867168>, 20.08.2018), in eine andere Richtung. Unklar ist jedoch, in welchem Bezug letztere Aussage zur allgemeinen restriktiven Ausrichtung der Regierung in Bezug auf eine Erhöhung des EU-Haushalts steht.
- <sup>xi</sup> Die Verwendung des Subsidiaritätsprinzips, um die asymmetrische, marktliberale Politik begünstigende EU-Mehrebenenstruktur zu legitimieren, ist jedoch nicht neu (Holman 2004).

## Literatur

- AK (AK EUROPA, Brüsseler Büro der Bundesarbeitskammer) (2018): Vorschlag zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde. AK Positionspapier. [http://www.akeuropa.eu/\\_includes/mods/akeu/docs/main\\_report\\_de\\_502.pdf](http://www.akeuropa.eu/_includes/mods/akeu/docs/main_report_de_502.pdf), 21.07.2018.
- BKA (Bundeskanzleramt) (2018): Programm des österreichischen Ratsvorsitzes. Vorsitz im Rat der Europäischen Union 1. Juli – 31. Dezember 2018. Wien. <https://www.eu2018.at/dam/jcr:b5dd3521-d93b-4dbc-8378-1da1a6a7f99cf/Programm%20des%20%C3%B6sterreichischen%20Ratsvorsitzes.pdf>, 21.07.2018.
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2012): „... wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.“ Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster: Westfälisches Dampfboot, 11–48.

- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2017): *The European Border Regime in Crisis. Theory, Methods and Analyses in Critical European Studies*. Berlin. Rosa-Luxemburg-Stiftung (= Studien 8/2017). [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Studien/Studien\\_8-17\\_European\\_Border\\_Regime.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_8-17_European_Border_Regime.pdf), 20.07.2018.
- Europäische Kommission (2017): Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien. COM (2017) 2025. Brüssel.
- Europäische Kommission (2018): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde. COM (2018) 131 final. Straßburg.
- Ey, Frank (2018): Regierungspläne. Schutzstandards für die Gesellschaft in Gefahr? In: *infobrief eu & international* 2/2018, AK Wien, 18–22. [https://media.arbeiterkammer.at/wien/EU\\_Infobrief\\_2\\_2018.pdf](https://media.arbeiterkammer.at/wien/EU_Infobrief_2_2018.pdf), 20.07.2018.
- FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) (2017): Österreicher verdienen Fairness. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017. Wien. [https://www.fpoe.at/fileadmin/user\\_upload/Wahlprogramm\\_8\\_9\\_low.pdf](https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_8_9_low.pdf), 20.07.2018.
- FPÖ-Bildungsinstitut (2017): Fairness. Freiheit. Fortschritt. Das freiheitliche Wirtschaftsprogramm. Wien. [https://www.fpoe.at/fileadmin/user\\_upload/2017\\_freiheitliche\\_wirtschaftsprogramm\\_web.pdf](https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/2017_freiheitliche_wirtschaftsprogramm_web.pdf), 18.07.2018.
- Hacker, Björn (2017): Was von der Eurokrise übrig bleibt. Die Kontroverse um die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion. In: *Frankfurter Hefte* 6/2017, 17–20.
- Hartinger-Klein, Beate (2018): GZ: BMASGK-460.002/0021-VII/B/10/2018. Wien, 18.6.2018. [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB\\_00704/imfname\\_699682.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB_00704/imfname_699682.pdf), 20.08.2018.
- Holman, Otto (2004): Asymmetrical regulation and multidimensional governance in the European Union. In: *Review of International Political Economy* 11(4), 714–735.
- Kramer, Helmut/Matzner, Gabriele/Steyrer, Peter (2018): Türkis-blaue Außen- und EU-Politik. Was wir zu erwarten haben. In: *International* 1/2018, 5–10. [https://homepage.univie.ac.at/helmut.kramer/helmut.kramer/Publikationen\\_files/Kramer\\_International0118.pdf](https://homepage.univie.ac.at/helmut.kramer/helmut.kramer/Publikationen_files/Kramer_International0118.pdf), 20.07.2018.
- Oberndorfer, Lukas (2015): From new constitutionalism to authoritarian constitutionalism. *New Economic Governance and the state of European democracy*. In: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hg.): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical political economy and post-Keynesian perspectives*. Abingdon/ New York: Routledge, 186–207.
- ÖVP (Österreichische Volkspartei) (2017): Der neue Weg. Ordnung & Sicherheit 3/3. Das Programm der Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei zur Nationalratswahl 2017. Wien. <https://res.oevp.at/Files/Wahlprogramm%20-%20Teil%203-fmtCfC.pdf>, 18.07.2018.
- Österreichische Bundesregierung (2017): Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017–2022. [https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/569203/Regierungsprogramm\\_2017%e2%80%932022.pdf/b2fe3f65-5a04-47b6-913d-2fe512ff4ce6](https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/569203/Regierungsprogramm_2017%e2%80%932022.pdf/b2fe3f65-5a04-47b6-913d-2fe512ff4ce6), 10.07.2018.
- Parlament (2018a): EU-Minister Blümel betont pro-europäischen Kurs der Bundesregierung. EU-Unterausschuss des Nationalrats diskutiert über Österreichs EU-Ratspräsidentschaft, Brexit, EU-Budget und Subsidiarität, *Parlamentskorrespondenz* Nr. 134, 21.02.2018. [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2018/PK0134/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0134/index.shtml), 20.07.2018.
- Parlament (2018b): Geplante Europäische Arbeitsbehörde ist umstritten. EU Unterausschuss: Regierung sieht zu viele offene Fragen, Opposition hält EU-Arbeitsbehörde für dringend erforderlich, *Parlamentskorrespondenz* Nr. 568, 22.05.2018. [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2018/PK0568/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK0568/index.shtml), 21.07.2018.
- Scharpf, Fritz (2002): The European Social Model: Coping with the Challenges of Diversity. In: *Journal of Common Market Studies* 40(4), 645–670.
- Thomasberger, Martina (2018): Familienbeihilfe, National-Populismus und die juristische Realität, 16.2.2018. <https://awblog.at/indexierung-familienbeihilfe/>, 21.7.2018.



Van Apeldoorn, Bastiaan (2009): The Contradictions of „Embedded Neoliberalism“ and Europe’s Multi-Level Legitimacy Crisis: The European Project and its Limits. In: Van Apeldoorn, Bastiaan/Drahokoupil, Jan/Horn, Laura (Hg.): Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance. From Lisbon to Lisbon. Basingstoke/ New York: Palgrave Macmillan, 21–43.

Wedl, Valentin (2018): Die 180-Grad-Wende. In: Arbeit & Wirtschaft 6/2018, 12–13.



**Mach dich stark!**

**Und profitiere von mehr Sicherheit im Job.**

[www.gpa-djp.at/mitgliedwerden](http://www.gpa-djp.at/mitgliedwerden)

Rechtsschutz,  
Berufshaftpflicht-  
versicherung und  
vieles mehr gibt’s  
nur als Mitglied.

MIT SICHERHEIT STARK.  
**GPA** **djp**  
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN  
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER